



BERLINER

EINBLICKE #88

FÜR KÖLN, FÜR SIE.

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kölner Süden und Westen informiert

Mitte Mai 2020

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!



Mit dem berühmten Urteil zum Vertrag von Lissabon führte das Bundesverfassungsgerichts zwei Begriffe in den juristischen Raum ein, die bis dato eher den Politikwissenschaften überlassen waren: „Integrationsverantwortung“ und „Verfassungsidentität“ beschreiben seitdem das Spannungsverhältnis, in dem der deutsche Gesetzgeber gegenüber und in den europäischen Instanzen agieren darf. In der Folge haben sich Bundestag und Bundesrat mit dem Gesetz über die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung eine Selbstverpflichtung auferlegt. Beide Institutionen müssen derart an europäischen Entscheidungen mitwirken, dass die Verfassungsidentität unseres Grundgesetzes erhalten bleibt. Der Begriff der Verfassungsidentität öffnet einen neuartigen Interpretationsspielraum für das Verfassungsgericht. Diese Interpretation speist sich aus dem Grundgesetz, keine noch so beliebig hohe parlamentarische Mehrheit kann sie definieren. Die Verfassungsidentität ist kein Kriterienkatalog, der für die Überprüfung von Entscheidungen Punkt für Punkt durchgegangen werden kann. Doch was dies für die Beurteilung gesellschaftlicher Realitäten, wirtschaftlicher Verhältnisse und auch das Regierungshandeln bedeutet, wird immer neu diskutiert und wird sich unter Umständen auch im Laufe der Zeit entsprechend wandeln.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) wacht nun über die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung der staatlichen Organe. Vorletzte Woche hat das BVerfG in einem Urteil gegen das Staatsanleihenprogramm erstmalig festgestellt, dass die Europäische

Zentralbank (EZB) ihre Kompetenzen überschritten habe und auch die Überprüfung durch den Europäischen Gerichtshof hierzu unzulänglich sei. Meine ausführliche Analyse zu diesem Urteil können Sie weiter unten in diesem Newsletter lesen. Einer der Kernpunkte des Urteils war es, dass Karlsruhe eine fehlende Verhältnismäßigkeitsprüfung im Vorfeld des Staatsanleihenkaufprogrammes bemängelt. Aus meiner juristischen Erfahrung kann ich Ihnen berichten: Werden Entscheidungen anhand einer solchen inhaltlichen Begründung getroffen, wird im Folgenden auch die Bewertung dieser Begründung zur Debatte gestellt, was mit Blick auf die Unabhängigkeit der EZB in Zukunft kritisch zu beobachten sein wird. Welche Problematik damit verbunden ist, lässt sich schon im aktuellen Urteil erkennen. Karlsruhe verweist in seinem Urteil auf die wirtschaftlichen Folgen der Geldpolitik des Staatsanleihenkaufprogrammes. Auffällig ist hier, dass nur die negativen Konsequenzen Erwähnung finden. Positive Auswirkungen, wie z.B. die Sicherheit deutscher Arbeitsplätze, die Zinsvorteile der öffentlichen Haushalte oder die Auswirkungen des starken Euros auf die deutsche Exportwirtschaft fielen demnach nicht ins Gewicht. Karlsruhe wagt sich mit seinem Urteil weit hinaus in das Spielfeld von Ökonomen.

Es bleibt abzuwarten, ob das Urteil eine Debatte über die weitere Integration der Europäischen Union anstößt. Um der Integrationsverantwortung unseres Landes nachzukommen, müssen wir die Europäische Union durch eine sichere Rechtsgrundlage arbeitsfähig halten. Die Verfassungsidentitäten der Mitgliedsländer unterscheiden sich; es hängt nun aber auch von den anderen Mitgliedsländern ab, in welche Richtung sich eine solche Debatte entwickelt. Ich würde aber mutmaßen, dass es nicht die Richtung ist, die sich die Richter in Karlsruhe durch dieses Urteil erhofften.

Ihr 

Das Thema

Der Faktencheck: Kommt die Impfpflicht? Gibt es bald einen Immunitätsausweise? Und was ist mit dem Verlust unserer Grundrechte?

Es sind beklemmende Bilder, die vergangenen Samstag aus Köln im Netz viral gingen. Hunderte Menschen trafen sich in der Schildergasse zu einer unangekündigten Demonstration gegen die Corona-Schutzmaßnahmen von Stadt, Land und Bund, ohne sich an Abstands- oder Hygieneregeln zu halten. Szenen der Demo, die bis zum Roncalliplatz verlief, waren im Netz zigfach zu finden. Sogar Kinder waren unter den Teilnehmern. Auch in anderen deutschen Großstädten kam es zu ähnlichen Bildern. Die Kölner Oberbürgermeisterin nahm zu diesen Vorgängen klar Stellung: „Ich bin empört und auch besorgt: Dieses mutwillige und gefährdende Verhalten war ein Angriff auf alle Kölnerinnen und Kölner, den wir nicht noch einmal hinnehmen werden.“

Doch wie kommt es zu solchen Demonstrationen? Gewiss, eine gesunde Skepsis gegenüber den Maßnahmen der verschiedenen Landesregierungen oder der Bundesregierung müssen in einer mündigen Gesellschaft sein. Und jede Einschränkung von Grundrechten gehört intensiv geprüft und diskutiert. Doch zahlreiche Zuschriften an die Büros von Herbert Hirte verraten, dass viele Demonstranten oder aufgebrachte Bürger aufgrund falscher Informationen durch Videos, Artikel im Netz oder vorgebliche Experten motiviert bis aufgehetzt wurden. Zahllose Drohungen in Mails sind weder zitierfähig noch einer demokratischen Debatte würdig.

Aufklärung tut also Not, daher finden Sie **Mythen** zu diesen Themen hier im Check:

Viele Zuschriften verweisen auf ein YouTube-Video mit mehr als 1,2 Millionen Klicks. Darin wird fälschlicherweise behauptet, es gebe klare Belege, dass die Bundesregierung eine **Impfpflicht**

beschließt. Am Ende des Videos heißt es, ein Gesetz zur Impfpflicht werde von der Regierung beschlossen. Das ist falsch. Nimmt man das Dokument, auf das sich das Video bezieht, genauer unter die Lupe, dann stellt man fest, dass an keiner Stelle von einer Impfpflicht die Rede ist. Lediglich von einem Immunitätsnachweis. Genau dieser Immunitätsnachweis hatte die Debatte um eine Impfpflicht ausgelöst. Es bestand die Sorge, dass eine Immunitätsdokumentation den Druck erhöhen könnte, sich impfen zu lassen. Einen Vorstoß zu einer Impfpflicht gibt es in dem Dokument aber nicht.

touren. Schon im nächsten Jahr könnte ein solcher zur Verfügung stehen, heißt es. Angesichts der schweren Verläufe bei COVID-19-Erkrankungen – vor allem bei Alten und Menschen mit Vorerkrankungen – ist davon auszugehen, dass sich viele Menschen freiwillig impfen lassen werden, sobald ein Impfstoff vorhanden ist. **Grundsätzlich sind Impfungen in Deutschland nicht vorgeschrieben.** Es können aber Vorkehrungen gegen die Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit getroffen werden. Das sieht das Infektionsschutzgesetz jetzt schon vor. Beispielsweise können Quarantäne-Maßnahmen für Infizierte und



Proteste in Köln gegen die Schutzmaßnahmen während der Corona-Pandemie.

Eine Impfpflicht würde derzeit zudem gar keinen Sinn machen. Denn es gibt noch keinen Impfstoff. Also könnte man sich an ein Gesetz zur verpflichtenden Impfung gegen das Corona-Virus de facto gar nicht halten - selbst wenn man wollte. Eine gesetzliche Impfpflicht wurde diese Woche im Bundestag also definitiv nicht beschlossen. Und ein Immunitätsnachweis wird auch nicht verlangt.

Gegen das neuartige Coronavirus – auch bekannt unter den Namen COVID-19 und SARS-CoV-2 – ist niemand immun. Bisher gibt es kein Medikament und keinen Impfstoff dagegen. Aber die Forschung vor allem nach einem Impfstoff läuft weltweit auf Hoch-

Menschen verhängt werden, die mit ihnen in Kontakt standen. Beispielsweise trat mit Blick auf die Eindämmung der Masern 2020 ein Schutzgesetz in Kraft, welches vorschreibt, dass Kinder beim Eintritt in den Kindergarten oder in die Schule geimpft sein müssen. Das gilt auch für Erzieher und Lehrer sowie medizinisches Personal und alle weiteren Beschäftigten, die in Gemeinschaftseinrichtungen arbeiten. Diese Vorkehrungen wurden getroffen, weil die Zahl derjenigen, die sich gegen Masern impfen lassen, zurückgegangen ist. Somit war der sogenannte Herdenschutz für Risikopatienten nicht mehr gegeben.

Fortsetzung Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

Was den Impfstoff angeht, so ist vor allem der **Milliardär Bill Gates**, der sich mit seiner Stiftung schon seit Jahren für die Weltgesundheitsorganisation (WHO), für den Ausbau von Gesundheitssystemen und die Erforschung von Impfstoffen engagiert, ins Schussfeld der Verschwörungstheoretiker geraten. In der Coronavirus-Pandemie setzt sich der Microsoft-Gründer nicht nur für eine beschleunigte Forschung an einem Impfstoff, sondern auch für den gleichzeitigen Auf- und Ausbau von Produktionsstätten ein. Denn gerade die schnelle Verfügbarkeit eines solchen Impfstoffes in großen Mengen ist wichtig für die Eindämmung der Pandemie. Aktivisten und Extremisten werfen Gates im Netz stattdessen Allmachtsphantasien vor. Diese entbehren jedoch jeder Grundlage. Das Geld für Forschung und Entwicklung von Impfstoffen kommt von Staaten, aber auch von privaten Stiftungen wie der Bill-and-Melinda-Gates-Stiftung. Für die Entwicklung eines Impfstoffs gegen SARS-CoV-2 stellt der Bund 145 Millionen Euro bereit. Deutschland fördert nach Angaben des Bundesforschungsministeriums auch die internationale Impfstoff-Initiative CEPI (Coalition for Epidemic Preparedness Innovations) – und zwar seit ihrer Gründung 2017 mit insgesamt 90

Millionen Euro. CEPI ist eine öffentlich-private Partnerschaft, in der sowohl staatliche Förderer als auch Stiftungen, Forschungseinrichtungen und Pharma-Unternehmen zusammenarbeiten. Neben Deutschland gehören unter anderem Norwegen, Japan, Kanada und Australien sowie die Bill-and-Melinda-Gates-Stiftung und der Welcome-Trust zu den Financiers.



Immunitätsausweis:

Ein solcher ist bislang nicht vorgesehen. Eine entsprechende Passage im neuen Infektionsschutzgesetz, die das ermöglicht hätte, wurde frühzeitig gestrichen. Dennoch könnte eine Dokumentation unter verschiedenen Voraussetzungen sinnvoll sein: So müssen zuverlässige Antikörpertests in großer Zahl vorhanden sein. Außerdem muss gewährleistet sein, dass Menschen nach einer Infektion mit COVID-19 auch tatsächlich über einen längeren Zeitraum immun sind. Darüber besteht noch keine Gewissheit. Und schließlich muss es einen wirksamen und verträglichen Impfstoff geben, der Immunität erzeugen könnte.

Auch unter diesen Voraussetzungen würde die Entscheidung für oder gegen einen Immunitäts-

ausweis nicht leicht fallen. Deshalb hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn den Ethikrat damit beauftragt, das Für und Wider abzuwägen. Denn die Politik ist immer wieder gehalten, die Verhältnismäßigkeit ihrer Maßnahmen zu überprüfen.

Die Verschwörungstheorien im Netz sind nicht nur das Werk von manipulativen Einzelnen oder Gruppen. Sie werden oft auch von Parteien und Staaten verstärkt, die ein Interesse daran haben, unsere Demokratie und unser System in den Köpfen der Menschen zu diskreditieren. Indem sie sachliche Debatten willkürlich verzerren, wollen sie zeigen, dass Demokratien unfähig sind, mit Krisen umzugehen.

Weiter Tipps gegen falsche Informationen :

Es gibt viele falsche Informationen über das Coronavirus und die Maßnahmen, die die Bundesregierung, die Landesregierungen oder Kommunen verabschiedet haben. Ständig aktualisierte Informationen finden Sie zum Beispiel auf der [Internetseite der CDU Deutschland](#), aber auch die Bundesregierung [informiert im Netz](#) über die getroffenen Maßnahmen. Ebenso stellt die Bundesregierung die verbreitetsten falschen Behauptungen zum [Corona-Virus auf ihrer Homepage richtig](#). Die [Stadt Köln informiert](#) ebenso umfangreich über alle Maßnahmen im Internet.

Auch Experten, unter Ihnen Christian Drosten, der Leiter der Virologie in der Berliner Charité, bekämpfen [mittlerweile die Falschbehauptungen im Netz](#), die die Arbeit der Wissenschaftler beeinträchtigen. Kindgerecht wird das Coronavirus und die damit einhergehenden Veränderungen in der Welt durch den „[Checker Tobi](#)“ [auf seinem Kanal „Checker Welt“ erklärt](#).

Kurz informiert

Ein historisches Urteil

Auch wenn Heribert Hirte bei der Urteilsverkündung wegen der Corona-Pandemie nicht persönlich vor Ort sein konnte, der Paukenschlag, der da vom BVerfG in Karlsruhe diese Woche ausging, dröhnte auch in Berlin und Köln noch ganz schön in den Ohren! Erstmals in der Geschichte hat das Gericht in Deutschland ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) für unanwendbar erklärt. Damit gehen die deutschen Verfassungsrichter auf Konfrontationskurs zum EuGH. Doch worum geht es?

Seit Jahren laufen bei der EZB zur Krisenhilfe von schwächelnden Eurostaaten milliardenschwere Programme zum Ankauf von Staatsanleihen. Dagegen gab es mehrere Klagen vor dem BVerfG, denen nun teilweise stattgegeben wurde. Die Beschlüsse der Notenbank seien kompetenzwidrig ergangen. Und weil die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag ihrer Kontrollpflicht nicht nachgekommen seien, hätten sie die Bürger in ihren Grundrechten verletzt. Wenn die EZB nicht binnen drei Monaten erklären kann, dass die Maßnahmen verhältnismäßig sind, darf sich die deutsche Notenbank an den Staatsanleihekäufen nicht mehr beteiligen.

„Das BVerfG riskiert in einer schwierigen Zeit für das Euro-System den gewichtigen Vorwurf, es wolle auf dem Umweg über Begründungserfordernisse selbst Wirtschaftspolitik machen, und stelle dabei die nationalen Interessen über diejenigen der Europäischen Union“, schrieb Heribert Hirte unmittelbar nach der Urteilsverkündung in einer Ad-hoc-Analyse. [Das gesamte Schreiben lesen Sie hier.](#)

Auch in einer aktuellen Stunde kommentierte Hirte das Urteil. Sehen Sie [hier seine Rede.](#)

Einsatz für die Kultur in Köln

Eine tolle Nachricht für den Kulturstandort Köln und besonders für Müngersdorf: Der Bund wird die denkmalgerechte Instandsetzung des Wohnhauses des Kölner Architekten O.M. Ungers in der Belvederestraße mit bis zu 300.000 Euro unterstützen. Heribert Hirte freute sich, dass er auch von Seiten des Bundes einen Beitrag dazu leisten konnte, diesen architektonischen Meilenstein für kommende Generationen zu erhalten. Mehr zu dieser Meldung [finden Sie hier.](#)



Ressourcen schonen - Wohlstand erhalten

In der vergangenen Sitzungswoche hat die CDU/CSU-Fraktion das Positionspapier zum „Green Deal“ der EU verabschiedet. Ein klares Signal: Die Unionsfraktion steht zu dem Ziel der Klimaneutralität in Europa bis 2050. In diesem Positionspapier bekennt sie sich zur Bewahrung der Schöpfung und zum Prinzip der Nachhaltigkeit. Durch seine Mitgliedschaft im Europaausschuss konnte Heribert Hirte auch an dem Papier mitwirken. Für ihn steht fest, dass sich Klimaziele nur umsetzen lassen, wenn sich Klimaschutz und Wirtschaft versöhnen. Auf Akzeptanz in der breiten Bevölkerung werden die Maßnahmen nur treffen, wenn auch Beschäftigung und

Wirtschaftskraft erhalten bleiben. „Wir wollen Ressourcen schonen und gleichzeitig unseren Wohlstand erhalten und mehren, damit auch die zukünftigen Generationen ein gutes Leben führen können“, heißt es in dem Positionspapier mit dem Titel „Für einen ‚Green Deal‘ – Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung mit wirtschaftlicher Erholung, Wettbewerbsfähigkeit, sozialer Ausgewogenheit und Stabilität verbinden“. Auch soziale Aspekte müssen in der Umsetzung der Klimaziele so berücksichtigt werden, dass neue Entwicklungschancen entstehen und Beschäftigung und Wirtschaftskraft erhalten bleiben. Die Fraktion betont, dass sie bei der Umsetzung des Ziels der Klimaneutralität auf Vernunft und Innovation statt auf Ideologie setzt. [Das ganze Positionspapier finden Sie hier.](#)

Gutscheine für Reisen

Nur mit großer Skepsis stimmte Heribert Hirte in dieser Woche dem Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Veranstaltungsvertragsrecht zu. Aus seiner Sicht würden Verbraucher durch das vorgeschlagene Modell über Gebühr belastet, insolvenzrechtliche Grundprinzipien ignoriert und Insolvenzrisiken schlussendlich nur vertagt. In der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift für das gesamte Insolvenz- und Sanierungsrecht (ZInSO) führte Hirte seine Bedenken aus. Auch viele Rechtspolitiker aus der CDU/CSU-Fraktion schlossen sich Hirtes Meinung an. Allerdings gab es unter anderen Experten keine einhellige Meinung. So setzte sich die Position von Hirte nicht in den Gesprächen mit dem Koalitionspartner und vor allem mit dem SPD geführten Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz durch. Der Kölner MdB gab daher auch eine persönliche Erklärung ab.

Was mit dem Gesetz beschlossen wurde, [finden Sie hier.](#)

Corona im Iran

Die Exil-Iranische Gemeinde Nordrhein-Westfalen organisierte ein Webinar zum Thema „Iran in der Corona-Krise. Das Mullah-Regime versagt“. Als Vor-

sitzender des Stephanuskreises konnte Heribert Hirte die Sorgen äußern, dass auch in solch einer Krise die Menschenrechte wenig Beachtung durch das Regime finden. Er betonte in diesem Zusammenhang auch das Verbot

der Hisbollah als ein Zeichen der Solidarität an die iranische Bevölkerung. Auf YouTube gibt es [das Webinar im Relive](#) weiterhin zu sehen.

Querblick

Hirte erneut nominiert

Der Vorstand des CDU Stadtbezirks Rodenkirchen nominiert Heribert Hirte erneut als Wahlkreiskandidaten für die Bundestagswahl 2021. Das entschied der Vorstand des Stadtbezirks einstimmig. Hirte konnte das Direktmandat im Kölner Wahlkreis II bereits zweimal mit klarem und bei der letzten Wahl ausgebautem Vorsprung für die CDU erringen. Nun kann er auf starken Rückhalt in seiner Partei bauen. „Heribert Hirte ist ein kompetenter Politiker, er ist erfahren, ein Mann des Rechts. Durch ihn wird die Stimme Kölns in Berlin gehört. Er sollte unseren gesamten Wahlkreis auch in Zukunft vertreten“, so Oliver Kehrl, Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen und Stadtbezirksvorsitzender der CDU in Rodenkirchen. Hirte freut sich über den Rückenwind aus der eigenen Partei: „Das Vertrauen der eigenen Partei bestärkt mich, nun möchte ich mir das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in meinem Wahlkreis erneut verdienen. Ich weiß um die Herausforderungen, die unserem Land und unserer Stadt in den kommenden Jahren bevorstehen.“ Der gebürtige Kölner betonte, die Wirtschaft müsse nach der Corona-Krise wiederbelebt werden, viele Menschen fürchteten um ihre Zukunft, es gelte den sozialen Zusammenhalt zu verteidigen. „Aber auch die Herausforderungen des Klimaschutzes bleiben eine zentrale Zukunftsfrage. Nur wenn wir Wirtschaft und Umweltschutz versöhnen, können wir erfolgreich sein.“



Der Wahlkreis II erstreckt sich über die Stadtbezirke Rodenkirchen, Lindenthal und die südliche Innenstadt. Für die endgültige Kandidatur braucht Hirte noch die Zustimmung aus Lindenthal und der Innenstadt. Die verbindliche Aufstellung Hirtes wird durch die Aufstellungsversammlung der CDU Köln voraussichtlich im Herbst erfolgen.

Augenblick



Foto der Woche

Die CDU Köln hat ihre Kandidaten für die Kommunalwahl gewählt. Aufgrund eines Urteils des Landesverfassungsgerichts mussten die Wahlbezirke neu zugeschnitten werden, so auch in Köln. Es ging darum, die Zahl der Wahlberechtigten in den einzelnen Bezirken anzugleichen.

Im Kölner Süden werden als Ratskandidaten kandidieren (von links nach rechts): Monika Roß-Belkner, Marc Hennemann, Janina Jäntsch, Christoph Schykowski und Constanze Aengenvoort.

Die CDU/CSU-Fraktion lehnt Steuererhöhungen zur Finanzierung der Corona-Hilfen, wie sie Finanzminister Olaf Scholz (SPD) ins Gespräch gebracht hat, entschieden ab. Außerdem sollen insolvente Unternehmer künftig leichter als bisher unter den sog. Schutzschirm schlüpfen – und damit quasi „überwintern“ – können. „Das Winterschlaf-Verfahren muss unbürokratisch und einfach sein“, sagte CDU-Rechtsexperte Heribert Hirte dem Focus. Lesen Sie mehr in der [Oldenburger Onlinezeitung](#), auf [Wallstreet Online](#) oder auf [focus.de](#).

Die Ad-hoc-Analyse zum PSPP-Urteil des Bundesverfassungsgerichts fasste auch das Magazin BankIntern auf. Hirtes Gastbeitrag in der Beilage der aktuellen Ausgabe gibt es nur in der Printversion. Die Entscheidung des Gerichts wurde intensiv diskutiert. Einen Überblick zu den Reaktionen zu dem Urteil aus Justiz und Politik bietet [Beck Aktuell \(Heute im Recht\)](#), ebenso mit Aussagen von Hirte, der Block „[Ruhrbarone](#)“ nahm Hirtes Haltung kritisch auf.

Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung beschäftigte sich mit den Folgen des PSPP-Urteils für den deutschen Gesetzgeber, aber auch für die Europäische Union. In Brüssel gibt es Überlegungen, gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren auszurufen. Einige Rechtswissenschaftler wollen das Verhältnis zwischen Europäischem Recht und dem Verfassungsgericht in Karlsruhe gänzlich neu im Grundgesetz festlegen. Nüchterner betrachtet Hirte die Situation. In der F.A.S. zeichnet er einen möglichen Weg vor, wie die Bundesregierung in den bestehenden Kommunikationslinien mit der EZB Entscheidungen erörtern könnte. So wäre auch der Forderung aus Karlsruhe genüge getan, Programme wie das PSPP durch eine Verhältnismäßigkeitsprüfung ausführlich erörterbar zu machen. Der Artikel erschien am 17.05.2020 und wird im Laufe der Woche auch online erscheinen.

Die Lampertheimer Zeitung griff die kritische Haltung von Heribert Hirte gegenüber der „Gutschein-Lösung“ im Veranstaltungsrecht auf. Wie im Seitenblick erwähnt hatte Hirte eine Persönliche Erklärung abgegeben, um seine Kritik an dem verabschiedeten Gesetz auch festzuhalten. Mehr dazu [können Sie hier lesen](#) (Bezahlschranke).

Im Interview mit der [Fachzeitschrift INDat Report](#) sprach Hirte über die Herausforderungen, vor die die Covid-19-Krise den Deutschen Bundestag stellt. Das Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Pandemie durchlief den Gesetzgebungsprozess in Rekordzeit. Im Gespräch erklärte Hirte, wie er eine befürchtete Erosion der Grundrechte betrachtet, wie der Rechtsausschuss seinen Workflow verändert, wie man beim großzügigen Covid-19-Gesetz Missbrauch und Mitnahmeeffekten begegnet und ob anstehende Reformen im Insolvenzrecht stark beschleunigt umgesetzt werden sollten.




Heribert Hirte glaubt nicht an eine fünfte Amtszeit von Angela Merkel. Unter anderem Bundesinnenminister Horst Seehofer hatte die Frage einer weiteren Amtszeit der Bundeskanzlerin befeuert. Doch wie realistisch ist das, fragte die Deutsche Welle. Hirtes [ausführliche Antwort finden Sie hier](#).

Kontakt

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 77830
Fax: 030 / 227 76830

Bürgerbüro:
Aachener Straße 227
50931 Köln
Tel.: 0221 / 589 86 762
Fax: 0221 / 589 86 765

E-Mail: heribert.hirte@bundestag.de

 [Facebook.de/HHirte](https://www.facebook.com/HHirte)  [@HHirte](https://twitter.com/HHirte)  www.heribert-hirte.de

Sie wollen den Newsletter nicht mehr erhalten? Teilen Sie uns dies gerne mit und wir löschen Ihre Daten umgehend aus dem Verteiler. Selbstverständlich behandeln wir Ihre Daten stets vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.